

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Erhard Eppler, Mitglied
des SPD-Parteivorstands und
Vorsitzender der SPD-Grund-
wertekommission, über die
innerkirchliche Friedens-
diskussion. Seite 1

Horst Grunenberg MdB, Ob-
mann der Arbeitsgruppe
Meerespolitik der SPD-Bun-
destagsfraktion, zum Ka-
beljau-Streit: Dänemark muß
Interessen der EG-Partner
berücksichtigen. Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB,
Parlamentarischer Staats-
sekretär beim Bundesmini-
ster für Raumordnung, Bau-
wesen und Städtebau, plä-
diert wider den "Aberglau-
ben an die Autobahn".
Seite 4

Klaus Immer MdB, Mitglied
des Bundestagsausschusses
für Ernährung, Landwirt-
schaft und Forsten, setzt
sich mit dem "alternati-
ven Landbau" auseinander.
Seite 6

37. Jahrgang / 159

24. August 1982

Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung

Neue Akzente in der kirchlichen Friedensdiskussion

Von Dr. Erhard Eppler
Mitglied des SPD-Parteivorstandes
Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission

Als im Oktober 1981 der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Eduard Lohse, die Denkschrift "Frieden wahren, fördern und erneuern" der Öffentlichkeit übergab, wurde von allen Seiten der Kompromißcharakter dieser Schrift lobend oder abschätzig vermerkt. Nur wenigen war klar: Was die Kammer für öffentliche Verantwortung in jahrelanger Diskussion erarbeitet hatte, war nicht weniger, aber auch nicht mehr als das, was evangelische Christen in der Bundesrepublik bei allen Differenzen noch oder wieder gemeinsam sagen konnten. Das war gut so. Aber es war nicht das Ende der Diskussion.

Die gemeinsame Erklärung der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, die dieser Tage veröffentlicht wurde, ist dafür eines von mehreren Anzeichen. Die Denkschrift von 1981 knüpfte an die siebte und die achte der berühmten Heidelberger Thesen von 1959 an, in denen neben dem absoluten Waffenverzicht auch der "Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise" anerkannt wird. 1981 bestätigte die Denkschrift dieses "heute noch" von 1959, allerdings gibt sie zu bedenken, daß dies ethisch nur vertretbar sei in einem Rahmen, "in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung aufzubauen und wirksame Schritte zum Abbau der Rüstungsniveaus zu unternehmen".

Die gemeinsame Erklärung kündigte dieses "heute noch" nicht auf, gibt aber zu bedenken: "Kein Ziel oder Wert kann die Auslösung eines Krieges rechtfertigen. Die Abwendung des Krieges ist Voraussetzung für die Verwirklichung von Menschenrechten, von Freiheit und Gerechtigkeit." Es gibt also



für den Christen keinen Krieg für die Freiheit, da "ein Krieg Freiheit und Gerechtigkeit und mit ihnen die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben nicht verteidigt, sondern vielleicht sogar unwiderbringlich zerstört". Dies ist in der Tat ein neuer Akzent, der den Realitäten des Atomzeitalters gerecht wird.

Ob hier das Buch von Jonathan Sowell oder noch mehr die Planungen im Pentagon für einen letztlich doch - unter kaum vorstellbaren Opfern - gewinnbaren Atomkrieg eingewirkt haben, bleibe dahingestellt. Nur eines läßt sich sagen: Die Vorstellung, Atomwaffen seien nicht nur gerechtfertigt, um den Atomkrieg zu verhindern, sondern ihn - für irgendwelche Werte oder Interessen - auch zu führen, widerspricht allem, was die verschiedensten Gruppen innerhalb der evangelischen Kirchen in den letzten drei Jahrzehnten als "heute noch mögliche christliche Handlungsweise" eben noch rechtfertigen konnten. Hier könnte sich ein neuer Konsens anbahnen, der in einem schlichten "Nein" besteht. Schon die Planung, und sei sie nur eine Eventualplanung des gewinnbaren Atomkrieges, schafft nicht nur politisch, sondern auch theologisch eine neue, eindeutige Situation, in der die Pluralität evangelischer Stellungnahmen sich von selbst erledigt.

Dann könnte Gemeingut werden, was der Reformierte Bund jetzt vorweggenommen hat: das bedingungslose Nein zu Atomwaffen im Status Confessionis als notwendiger Ausfluß christlichen Glaubens. Die reformierten Kirchen haben immer schon politisch eindeutiger votiert als die lutherischen und uniteden. In diesem Fall schließen sie sich an das Votum der niederländischen Reformierten an. Es ist gut, daß dadurch deutlich wird: Das "heute noch" von 1959 ist nicht beliebig verlängerbar, es ist ein bedingtes und befristetes Ja zum Versuch atomarer Abschreckung. Für viele Christen ist die Frist abgelaufen, und es ist durchaus denkbar, daß eines Tages für die ganze Kirche die Bedingungen entfallen sind.

Von daher gewinnt die Tatsache an Bedeutung, daß die evangelischen Kirchen in zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen, daß Christen aus gegnerischen Paktsystemen, wieder gemeinsam zu sprechen vermögen. Dies verlangt Mut, in der DDR noch etwas mehr als in der Bundesrepublik. Aber es gibt der Aussage mehr Gewicht und den Kirchen auf beiden Seiten mehr Bewegungsraum. (-/24.8.1982/bgy/rs)

+ + +



Streit über Kabeljau

Dänemark muß Interessen der EG-Partner berücksichtigen

Von Horst Grunenberg MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Meerespolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Fischereipolitik der EG ist nach wie vor ein Zankapfel. Einigkeit über eine wirklich gemeinsame Fischereipolitik besteht nicht. Dies schlägt sich nieder in einem dauernden Streit über Fangquoten im EG-Meer und auch die Verhandlungen mit Drittländern werden in Mitleidenschaft gezogen. Die Auseinandersetzung über das Fischereiabkommen mit Kanada war dafür symptomatisch.

Daß die deutsche Fischerei unter diesem Dauerstreit leidet, ist inzwischen jedem bekannt. Eine einstmals groß zu nennende Fischereiflotte ist auf einen kümmerlichen Rest zusammengeschrumpft und auch der ist ohne staatliche Unterstützung nicht aufrechtzuerhalten. Nationaler Egoismus und Bürokratismus haben diese Situation mitverschuldet.

Inzwischen gibt es einen neuen Streitpunkt. Die EG hatte Quotenregelungen vor der Westküste Grönlands für Kabeljau freigegeben. Für die deutsche Fischerei circa 2.000 Tonnen. Galt bisher nur eine Beifangregelung für Kabeljau aus Bestandsschutzgründen, so war diese Freigabe von Kabeljauquoten ein Fortschritt. Immerhin haben Fischer und auch viele Wissenschaftler die Notwendigkeit von Bestandsschutzregelungen für Kabeljau in diesem Gebiet überhaupt angezweifelt.

So weit so gut. Nun aber verweigert Dänemark den deutschen Fischern den Zugang zum Kabeljau. Wahrscheinlich unter dem Eindruck des EG-Referendums der Grönländer und deren Autonomiewünsche. Grönland ist Teil der EG. Die deutschen Fischer haben ein Recht, dort zu fischen. Dies muß Dänemark sehr deutlich gemacht werden. Dänemark zieht große Vorteile aus der EG; es kann erwartet werden, daß auch die Interessen anderer EG-Partner von Dänemark berücksichtigt werden.

Im übrigen erinnert der ganze Streit an ein geradezu absurdes Theater, der es nicht verwunderlich macht, wenn allgemein Europa-Müdigkeit auftritt. (-/24.8.1982/vo-he/rs)

+ + +



Schluß mit der Gigantonomie

Wider den Aberglauben an die Autobahn

Von Dr. Dietrich Sperling MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

So mancher Politiker, Wirtschaftler oder Wissenschaftler glaubt immer noch, daß von einer neuen Autobahn, einem neuen Autobahnstück eine Zauberwirkung ausgeht. Ganze Industrien sollen dadurch neu angesiedelt und viele Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden. Dabei ist aber - wie jüngere Untersuchungen zeigen - viel Aberglaube mit im Spiel.

Denn in unserer Industriewirtschaft, die nicht mehr so wachsen wird wie in den letzten Jahrzehnten, können bei der Ansiedlung keine "großen Fische" mehr an Land gezogen werden. Die vorhandenen Großbetriebe haben aus ihrer Sicht gute Gründe dafür gehabt, daß sie sich einen Standort in einem Ballungsgebiet ausgewählt haben. Sie werden ihren Standort nicht einfach aufgeben und aufs Land gehen. Die Bundesrepublik hat zudem bereits ein sehr gutes Fernstraßennetz, das fast alle Räume durch Autobahnen gut erreichen läßt. Weitere Autobahnen können da strukturschwachen Räumen nicht zu wirtschaftlicher Blüte verhelfen.

Mit mehr Beton und mehr Asphalt in Form von neuen Autobahnen entstehen nicht unbedingt mehr Lebensqualität und mehr Arbeitsplätze. Für manche ländlichen Bereiche wären sogar negative Folgen zu befürchten. Durch neue Autobahnen könnte die Sogwirkung der Ballungsgebiete noch verstärkt werden. Noch mehr Arbeitnehmer aus dem ländlichen Raum könnten versucht sein, das Los des Fernpendlers auf sich zu nehmen und weite Wege zu einem Arbeitsplatz in der Großstadt zurückzulegen. Für die ländlichen Regionen würde dies bedeuten: Das Angebot an Arbeitskräften wird noch geringer und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten sehen noch düsterer aus. Viel Kaufkraft fließt vom Land in die Stadt, denn wer in der Nähe einer Großstadt arbeitet, kauft auch eher dort ein.

Es ist an der Zeit, Abstand vom Denken in großspurigen Fernstraßenplänen zu nehmen. So wie man in der Schulpolitik Abschied von Mammutschulen genommen hat, so wie man in der Energiepolitik die Vorteile kleinerer Kraftwerke gegenüber Riesenprojekten



sieht, so ist auch beim Autobahnbau Schluß mit der Gigantomie.

Für die strukturschwachen Gebiete in der Bundesrepublik ist es wichtiger, die Verbindungen und die Erreichbarkeiten innerhalb der Regionen zu verbessern. Dazu zählt in starkem Maß der Bau von Ortsumgehungen der gleichzeitig die Chance der innerörtlichen Verkehrsentlastung und Verkehrsberuhigung bietet.

Es muß nicht immer gleich eine Straße neu oder ein vorhandene vierspurig ausgebaut werden. Oft ist es auch erforderlich, auf den vorhandenen Straßen ein besseres öffentliches Nahverkehrssystem zu organisieren. So sind manche Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch deshalb nicht besetzt, weil sie zu zumutbaren Zeiten nicht mit der Bahn oder dem Bus erreicht werden können.

Die verkehrsmäßige Anbindung durch Straßen sollte auch deshalb nicht zum A und O der Wirtschaftspolitik auf dem Land hochstilisiert werden, da bei der Frage, ob ein Betrieb an einen bestimmten Ort geht beziehungsweise dort bleibt, auch viele andere Punkte eine Rolle spielen: So zum Beispiel die vor Ort zu zahlenden Gebühren und Abgaben, die Finanzierungsbedingungen, die Investitionsförderung, die Grundstückspreise, die Zusammenarbeit mit den Behörden und Kommunen und nicht zuletzt das vorhandene Angebot an qualifizierten Arbeitskräften. Gerade hier gibt es in den ländlichen Gebieten noch viel zu tun, denn in vielen zukunftsträchtigen Berufen wird nicht ausgebildet. Junge Menschen, die einen dieser qualifizierten Berufe erlernen wollen, müssen ihre Heimat in Richtung Ballungsgebiet verlassen und auf dem sogenannten flachen Land fehlen mangels Ausbildungsmöglichkeiten die Facharbeiter.

Die Beschäftigungswirksamkeit des Fernstraßenbaus wird ebenfalls oft überschätzt. Es gibt auch im bauwirtschaftlichen Bereich Maßnahmen, die bei gleichen Kosten mehr Beschäftigung bewirken und die Lebensqualität mehr fördern als der landschaftsfressende Fernstraßenbau.

(-/24.8.1982/bgy/rs)

+ + +



Lebensmittel-Streit

Ist der "alternative Landbau" eine wirkliche Alternative?

Von Klaus Inner MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Was nicht "alternativ" ist, gilt als "konventionell", und das wird mit "konservativ" gleichgesetzt. "Alternativ" ist in jedem Fall "modern". So heillos ist die Begriffsverwirrung. Denn: Der "alternative Landbau" in seinen vielfältigen, zum Teil metaphysisch beziehungsweise ideologisch begründeten Formen ist alles andere als modern; allenfalls ist er "in". Der mit dem Begriff "konventionell" bezeichnete Landbau ist, im Ernst, die Form einer Landbewirtschaftung, die sich ständig nach den jeweilig neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und in der Praxis erprobten Verfahren modernisiert. Der "alternative Landbau" orientiert sich dagegen im wesentlichen an den vorindustriellen Verfahren des vergangenen Jahrhunderts.

Natürlich sind diese Verfahren weiterentwickelt worden, wobei man von den modernen Agrartechniken profitiert hat, wenn man zum Beispiel die Branche durch den Zwischenfruchtanbau im Sinne einer Gründüngung ersetzt hat. Man hat sich, selbst in der anthroposophischen Spielart der sogenannten biologisch-dynamischen Landbewirtschaftung, auch die Erkenntnisse der Agrarchemie zunutze gemacht, indem man zwar die in Fabriken erzeugten Mineräldünger verteuert, sie jedoch in Form von Steinmehlen verwendet. Diese Erkenntnis ist allerdings auch nicht neu, wenn man die altrömischen Lehrbücher über die Bewirtschaftung der Latifundien zu Rate zieht. Auf jeden Fall ist klar: Man kann aus dem Boden nicht nur Pflanzenmasse herausholen; auch der Boden ist kein "perpetuum mobile", also kein Organismus, der aus sich heraus, ohne Energiezufuhr ständig neue Energie erzeugt. Darum gibt es keine "Alternative ohne Energiezufuhr". Und ob mühsam als Stein vermahlen oder in der Fabrik erzeugt, ob im Kompost oder im Stallmist, die Mineralien sind - chemisch - die gleichen, ja selbst der Stickstoff, in welcher der genannten Formen auch in den Boden gebracht, wird bei Überdüngung ins Grundwasser ausgewaschen. Man kann in jedem Fall nur folgern: Ob modern, ob alternativ, ob konventionell, biologisch oder dynamisch - auf die Dosis kommt es an.

Bleibt die Schädlingsbekämpfung. Die viel vertretene Behauptung, daß gesunde Pflanzen gar nicht oder kaum von Schädlingen befallen würden, ist nur bedingt richtig. Ein Kohlweißling sucht sich für sein Gelege bestimmt nicht die schwächste Kohlpflanze aus. Bei Pilz- und Viruserkrankungen mag das anders sein. Meist profitieren die "Alternativen" von den Spritz- und Stäubemitteln der anderen. Diese haben in der Regel um die alternativen, unbehandelten Flächen einen "cordon sanitaire" gespritzt. Je größer die nicht behandelten Flächen (zum Beispiel Krautfäule bei Kartoffeln) umso risikoreicher das alternative Geschäft.

Der gut ausgebildete Landwirt, der sich der Verantwortung für die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel bewußt ist, und das ist die überwältigende Mehrheit (wie Rückstandskontrollen beweisen), reizt aus ökonomischen und ökologischen Gründen die Menge an Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln nicht bis zum letzten aus. Er weiß nämlich, daß er sonst buchstäblich nicht auf seine Kosten kommt und die Chance verspielen könnte, noch weitere Jahrzehnte gleichmäßige Ernten zu erzielen. Nur wer den Schnittpunkt zwischen Ökonomie und Ökologie in der Form der Landbewirtschaftung annähernd erreicht, kann mit einem optimalen langfristigen Ergebnis rechnen. Das wissen die meisten Landwirte.



Was macht den "alternativen Landbau" nun so attraktiv? Und warum muß sich zunehmend auch die Gesundheits-, die Verbraucher- und die Agrarpolitik damit auseinandersetzen? Das Geschäft mit der Angst vor einem frühen Tod oder das Geschäft mit der Hoffnung nach einem unendlich langen Leben in geistiger und körperlicher Gesundheit - beide haben dem "alternativen Landbau" eine Wertschätzung verschafft, die er auf keinen Fall rechtfertigen kann. Die Angst vor einem Atomkrieg, die Angst vor tödlichen Bedrohungen durch Atomkraftwerke treibt Menschen auf die Straße.

Der oft wirkungslose Protest läßt die Menschen resignieren. Jedoch die Faszination, dem Vergiftungstod durch Nahrungsmittel entfliehen zu können, durch "gesunde Nahrungsmittel" länger in Gesundheit leben zu können, aktiviert Menschen in zunehmendem Maße. Sie sind der festen Überzeugung, endlich ihr Lebensschicksal selbst in die Hand nehmen zu können, weil sie dem Supermarkt mit seinen "ungesunden Nahrungsmitteln" den Rücken kehren können, um das teurere Angebot des Bioladens oder die besonders gekennzeichnete Ware auf dem Markt zu erwerben.

Wer es wagt, den Kindern den Glauben an den Weihnachtsmann zu zerstören, wird als grausam verurteilt. Ähnliches wird dem passieren, der es wagt, den Glauben an die gesunde Bio-Kost anzuzweifeln. Doch die chemische Analyse der Nahrungsmittel läßt sich nicht betrügen, falls man sie konsequent anwendet. Schädliche Stoffe kommen nun einmal nicht nur von außen in den Boden, und von dort in die Pflanze. In der sogenannten unberührten Natur gibt es genügend Gifte und schädliche Verbindungen, so daß sich keiner wundern darf, wenn man sowohl bei Normal- wie bei Bio-Kost Spuren von solchen Stoffen findet. Überdies ist ärgerlich, daß die Verbraucher in unserem Lande, - zum aller größten Teil - ohne Bio-Kost, also ganz normal, in Gesundheit alt werden, älter als in jeder anderen Zeit vorher, als es noch keine Mineraldünger und keine Pflanzenschutzmittel gab.

Welche Nahrung also wirklich "gesund" ist, kann im Augenblick keiner sagen. Darum ersetzt so mancher Wissen durch Glauben, Hoffen und Einbildung. So weit, so gut. Nur wenn Menschen anfangen, daraus ein Geschäft zu machen, sich höhere Preise bezahlen zu lassen mit Siegeln und Markenzeichen ohne Nachweis, dann wird man einen solchen unlauteren Wettbewerb unterbinden müssen. Und darum ist die Frage nach der Alternative keine akademische Frage, sondern fordert die Gesundheits-, Verbraucher- und Agrar-Politiker heraus.

(-/24.8.1982/bg/rs)

+ + +

